

Positionspapier der IHK Schleswig-Holstein, 14. März 2017

Bei Arbeitsmarktintegration Geflüchteter nachbessern

Mitgliedsunternehmen der IHK Schleswig-Holstein nehmen die Prozesse der Arbeitsvermittlung, Kompetenzerfassung und rechtlichen Gestattung beruflicher Schritte bei der Integration Geflüchteter als zu bürokratisch, intransparent und wenig praxisorientiert wahr.

In einem gemeinsamen Integrationspapier thematisieren die IHKs zu Kiel, Lübeck und Flensburg die Haupthindernisse aus Sicht der Wirtschaft, unter anderem die inkonsequente Anwendung der 3+2-Regelung: „Mit dem Integrationsgesetz von August 2016 trat die 3+2-Regel für Geflüchtete in der Ausbildung in Kraft, wurde in den Monaten danach jedoch nicht durchgängig umgesetzt. Unseren Betrieben fehlt hier nach wie vor die Planungssicherheit“, so Björn Ipsen, Hauptgeschäftsführer der IHK Schleswig-Holstein.

Die IHKs begrüßen grundsätzlich den Vorstoß des Schleswig-Holsteinischen Innenministeriums mit dem jüngsten Erlass zur Ausbildungsduldung, sehen aber noch erheblichen Verbesserungsbedarf:

- Für Umzüge Asylsuchender und Geduldeter für eine Beschäftigung, Einstiegsqualifizierung, Ausbildung oder Studium fehlt nach wie vor die rechtliche Grundlage. Die so verhinderte Mobilität erschwert die erfolgreiche Vermittlung.

- Das Bleiberecht für Auszubildende ab der Ausbildungsplatzzusicherung des Betriebs muss tatsächlich und auch in der Phase der Einstiegsqualifizierung greifen.
- Die Einstiegsqualifizierung als Instrument vor der Ausbildung, um Fach- und Sprachkompetenzen zu erwerben, sollte ausgebaut und bleiberechtlich abgesichert werden. Nur so können Nicht-Muttersprachler eine Ausbildung erfolgreich absolvieren.
- Berufliche und sprachliche Integration müssen Hand in Hand gehen.
- Als eine der größten Flüchtlingsgruppen in Schleswig-Holstein bleiben Afghan*innen von wichtigen Förderzugängen ausgeschlossen – obwohl sie bundesweit 2016 eine Gesamtschutzquote von 55 Prozent hatten. Die Landespolitik ist gefordert, sich auf Bundesebene für diese Gruppe einzusetzen und notfalls landeseigene Deutschzüge zu schaffen.

„Wir hoffen, dass Schleswig-Holstein, unbeirrt von der Stimmung in anderen Bundesländern, weiter an seiner konstruktiven integrationsorientierten Haltung festhält. Gleichzeitig ist uns aber wichtig, dass die Landespolitik auch die kritischen Punkte aus unserem Papier auf- und ernst nimmt“, so Björn Ipsen.

IHK Schleswig-Holstein

Die IHK Schleswig-Holstein ist die Arbeitsgemeinschaft der IHKs Flensburg, Kiel und Lübeck. Die IHK Schleswig-Holstein ist seit 1. Januar 2006 der zentrale Ansprechpartner für alle Fragestellungen zum Thema Wirtschaft, die mehr als nur regionale Bedeutung haben. Zu diesen Themen bündelt sie die Meinung der drei IHKs in Schleswig-Holstein, so dass diese gegenüber Politik und Verwaltung mit einer Stimme für die Wirtschaft im Lande sprechen. Die IHK Schleswig-Holstein nimmt die Interessen von 175.000 Unternehmen mit rund 750.000 Arbeitnehmern wahr.

PALÄSTINA: 50 JAHRE BESETZT.

5.50

Kinder und das System des Siedlerkolonialismus <> Arbeitspendler und die Checkpoints <> Herrschafts-
krise der Autonomiebehörde: potentielle Krise der Besatzung <> US Militärhilfe-Abkommen: Auswirkungen <> ... <>

TUNESIEN: Ansätze einer ALTERNATIVEN POLITIK

✉ inamo e.V. Postfach 310727 10637 Berlin
☎ 0049 30 86421845
@ redaktion@inamo.de

inamo 88

Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten | Jahrgang 22